

RATHAUSREPORT

Zankapfel Zeppelinstraße

DIE LINKE. fordert zeitliche Begrenzung des Modellversuchs

Pünktlich vor dem Pfingstwochenende – und vor der Juni-SVV haben sie begonnen, die Markierungsarbeiten zur Einengung der Zeppelinstraße. Lange hatte die Verwaltung um diesen Modellversuch mit den Stadtverordneten gerungen. Mit ihm soll geklärt werden, ob durch eine Verengung der Zeppelinstraße auf je eine Fahrspur stadteinwärts und stadtauswärts der Verkehr und damit die Schadstoffbelastung gesenkt werden kann. Dies ist dringend nötig,

da an der vielbefahrenen Straße die zulässigen Grenzwerte häufig überschritten werden. Die Stadtverordneten hatten schließlich einer dreimonatigen Erprobungsphase zugestimmt. In der Umsetzung kündigte die Verwaltung

jedoch an, den Versuch trotzdem auf mindestens sechs Monate anzulegen, zusätzlich der notwendigen Auswertung von 8-10 Wochen und der Zeitspanne für die Markierungsarbeiten, summa summarum bis zu 10 Monate – statt der beschlossenen drei. Die Einhaltung dieses Stadtverordnetenbeschlusses forderte DIE LINKE in einem Antrag. Ralf Jäkel forderte bei der Einbringung, man müsse die Auswirkungen dieses radikalen Eingriffs in das Potsdamer Verkehrssystem genau beobachten und ggf. auch schnell korrigierend eingreifen.

Die Arbeiten sind noch gar nicht abgeschlossen, da zeigen sich die Auswirkungen bereits deutlich: Die eigentlich als Alter-

native vorgesehenen Busse stehen bereits weit vor dem Ortseingang und der neuen Busspur im Stau – Fahrzeiten verlängern sich um 30-45 min. Die Nachbargemeinden, auf deren Territorien sich nun der Verkehr staut und Berufspendler laufen Sturm. Auch in der Gegenrichtung staut sich der Verkehr auch außerhalb der Stoßzeiten zum Teil bis zur Langen Brücke zurück. Dass der daraus resultierende Dauerstau im Innenstadtbereich tatsächlich



zu einer Reduzierung der Schadstoffbelastung führt, muss zumindest dem ersten Augenschein nach bezweifelt werden. Obwohl der Antrag der Linksfraktion in die Ausschüsse verwiesen wurde, deutete sich auch in der Verwaltung ein Umdenken an. So warb der neue Baubeigeordnete Bernd Rubelt dafür, den Versuch auch tatsächlich als Versuch zu begreifen, ergebnisoffen zu handeln und bei erkennbar gravierenden negativen Resultaten ggf. auch vorfristig Konsequenzen zu ziehen. Im Interesse der betroffenen AnwohnerInnen und VerkehrsteilnehmerInnen bleibt zu hoffen, dass diesen Worten im Bedarf auch die entsprechenden Entscheidungen folgen.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

in unserem „Rathausreport live“ nach der Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschwerte sich eine Mieterin aus dem großen Wohnhaus am Staudenhof über die unsichere Situation. Die Hausbewohner sind von dem geplanten Abriss des Fachhochschulgebäudes und des Staudenhofs durch die Bauarbeiten ganz unmittelbar betroffen. Zudem ist das Haus am Alten Markt 10 nach der gegen die Stimmen der Linksfraktion herbeigeführten Beschlusslage ab 2022 zum Abriss frei gegeben. Trotz dieser außergewöhnlichen Umstände haben die Mieter in den knapp 200 Wohnungen, die der städtischen Wohnungsgesellschaft gehören, den Anspruch auf ein sicheres und niveauvolles Wohnen. Deshalb hat die Linksfraktion dieses Anliegen in einem Antrag formuliert, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Danach sind die Mieter vor den anstehenden Arbeiten rechtzeitig und unmittelbar zu informieren. Die Wohnqualität ist zu erhalten, die Einschränkungen im Umfeld sind auf ein Minimum zu beschränken. Im Juli soll der Oberbürgermeister dazu Bericht erstatten. Mit einem weiteren Antrag hat die Linksfraktion den heftig umstrittenen Feldversuch zur Einengung der Zeppelinstraße kritisiert und, wie ursprünglich beschlossen, eine Beschränkung dieser Testphase auf drei Monate gefordert. In jedem Fall sollte im September eine Auswertung erfolgen, die notwendige Korrekturen, einschließlich des Abbruchs, ermöglicht. Darüber berät jetzt der Bauausschuss. Wir bleiben dran.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



„Wenn einer allein träumt, bleibt es ein Traum. Träumen wir aber alle gemeinsam, wird es Wirklichkeit“

**Dom Hélder Câmara
(brasilianischer Erzbischof)**

Liebe Leserinnen und Leser, am Mittwoch wurde in Potsdam ein Traum Wirklichkeit, ein Traum, den viele von Ihnen schon lange geträumt haben. Pünktlich



um 6:30 Uhr öffneten sich die Türen des neuen Sport- und Familienbades „blu“ für die Besucher. Die sehr intensive Suche nach einem Standort, beginnend vom heutigen Standort des Porta Möbelhauses Mitte der 1990er Jahre, über den Volkspark im Potsdamer Norden bis hin zum jetzigen Standort unmittelbar vor der alten Schwimmhalle am Brauhausberg wurde letztlich durch eine Bürgerbefragung durch Sie alle entschieden. Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung hatte sie mit der ihr eigenen Beharrlichkeit auf den Weg gebracht. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, auch wenn es nicht der leichtfüßige Niemeyer Entwurf ist. Äußerlich eher ein Zweckbau, überzeugt der Innenbereich. Von der Tribüne aus kann man durch die Fensterfront die Havel hinter Bäumen entdecken. Mit dem ÖPNV erreicht man das Bad aus allen Himmelsrichtungen in wenigen Minuten. Überzeugen Sie sich selbst. Ich bin mir sicher, dieses Bad wird ein neuer Anziehungspunkt im Zentrum unserer Stadt werden, auch für Gäste aus den Umlandgemeinden und Berlin. Ich jedenfalls freue mich auf die Besuche im Sport- und Familienbad, auch mit meinen Enkelkindern.

Herzlichst Ihre Birgit Müller
Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Wie weiter mit dem Rechenzentrum?

LINKE Bemühungen um Fortbestand tragen erste Früchte

Die noch junge Geschichte des Rechenzentrums als Heimstatt für Künstler und Kreative ist eine Erfolgsgeschichte. Das vor knapp zwei Jahren als Übergangsnutzung ins Leben gerufene Projekt ist in kurzer Zeit zu einem Kristallisationspunkt der Potsdamer Kulturszene geworden und erfreut sich großen Zuspruchs. Mit über 200 Mietern ist es voll ausgelastet. Nach aktuellem Vertragsstand ist die Nutzung des auf dem Grundstück der Garnisonkirchenstiftung befindlichen Gebäudes allerdings bis zum 31.8.2018 begrenzt. Dies ist ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für die vielen Aktiven, die dort eine Heimstatt gefunden haben und deren Existenz sich häufig auf ihre Atelier- und Büroräume in dem Haus gründet.

Immer wieder hatte deshalb auch DIE LINKE und vor allem die Kulturausschuss-Vorsitzende Karin Schröter deutlich gemacht, wie wichtig eine dauerhafte Perspektive für dieses Haus wäre und dies auch mit mehreren Anträgen in der SVV untermauert. In seinem Bericht konnte Oberbürgermeister Jann Jakobs nun erstmals positives vermelden: Der ab Oktober geplante Aufbau zunächst nur des Garnisonkirchturms gefährdet die Standsi-

cherheit des Rechenzentrums nicht. Da die Stiftung derzeit noch nicht absehen kann, wann mit dem nach wie vor beabsichtigten Bau des Kirchenschiffs begonnen werden könne, sei sie auch bereit, über längerfristige Nutzungsperspektiven für das Rechenzentrum zu verhandeln. Entsprechende Gespräche hat die Stadt mit der Stiftung bereits aufgenommen. Zur Zeitspanne, die man dabei in den Blick nehme, wollte sich der OB aber noch nicht festlegen lassen. Immerhin - auch die Stadt habe nach Aussage des Oberbürgermeisters erkannt, dass das Rechenzentrum einen wichtigen Beitrag zu einer lebendigen Innenstadt leiste. Deshalb will er auch über das jetzige Modell hinaus Möglichkeiten suchen, die Kreativszene in der Innenstadt zu halten. Neben der noch nicht gesicherten Garde-Ulanen-Kaserne an der Schiffbauergasse brachte er auch den geplanten Neubau des Langen Stalls als möglichen Ersatzstandort ins Spiel. Über eine Änderung der Sanierungsziele könne man hier nachdenken. Und dies sei nicht alternativ zu verstehen, er sehe auch Potenzial für zwei solche Standorte in Potsdam. Es wäre ja fast zu schön, um wahr zu sein!

Fragen - Antworten

Imagekampagne „Auto-Korrektur“

Michél Berlin will wissen, ob die für Potsdam entwickelte Imagekampagne, die für den Umstieg vom Auto auf Rad und ÖPNV wirbt, gezielt auf besonders überlasteten Straßenabschnitten eingesetzt werden soll. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt teilt mit, dass die aktuellen Bemühungen sich auf die Gesamtstadt richten. Im Zuge der Weiterentwicklung im kommenden Jahr könne aber ggf. auch über eine Neuausrichtung diskutiert werden. Eine Erneuerung des Auftrags ist zum Jahresende nötig.

„Charlott“ als Bürgerhaus entwickeln

Zwei Studierende haben im Rahmen einer Masterarbeit eine Modellstudie für die Sanierung und den Umbau des ehemaligen Kinos „Charlott“ zu einem Haus für Bürger öffentlich vorgestellt. Dr. Karin Schröter will von der Verwaltung wissen, ob diese Ideen in die Gespräche der Stadt mit dem Eigentümer einbezogen werden. Der Entwurf soll zunächst von der Denkmalpflege geprüft und dann auch in den Dialog mit dem Ei-

gentümer einbezogen werden, informiert der Baubeigeordnete. Allerdings sei vor Ort weiterhin kein Fortschritt erkennbar, kritisiert Dr. Schröter. Herr Rubelt verweist auf die Interessen des privaten Eigentümers. Dieser habe eine Bauvoranfrage für eine Nahversorgung gestellt. Auch diese sei aber in Übereinstimmung mit denkmalpflegerischen Ansprüchen zu bringen. Die Vermutung, dass das Gebäude in einen nicht mehr erhaltungsfähigen Zustand gebracht werden solle, um das Grundstück dann neu bebauen zu können, kann und will Herr Rubelt nicht bestätigen

Wassertaxi in der Neustädter Havelbucht

Der dort befindliche, auch vom Wassertaxi zum Anlegen genutzte Bootssteg wird derzeit umgebaut. Ralf Jäkel will wissen, wann er wieder zur Verfügung stehen wird. Für die Verwaltung informiert Herr Rubelt, dass ein Fertigstellungstermin derzeit noch nicht benannt werden könne. Das Verfahren sei derzeit angehalten worden, weil noch Unterlagen fehlten.

Buswartehäuschen für Eiche

Ralf Jäkel möchte erfahren, wann das von der Stadt bereits im Vorjahr fest verspro-

chene Buswartehäuschen vor den Studentenwohnheimen und dem Netto-Markt in Eiche in Betrieb genommen wird. Auch hier ist der Verwaltung die Benennung eines konkreten Termins nicht möglich. Die vertraglichen Grundlagen sind aber gesichert, so dass eine Fertigstellung zumindest in diesem Jahr zugesichert werden könne. Bernd Rubelt sagt zu, dass mit der Umsetzung unmittelbar begonnen werde

Bürgerbahnhof Sanssouci

Bezugnehmend auf einen Pressebericht und die bereits im Vorjahr abgelaufene Sanierungsverpflichtung für den ehemaligen Kaiserbahnhof im Wildpark will Birgit Müller wissen, warum die Stadt nicht das vertraglich vereinbarte Rückfallrecht für das Grundstück in Anspruch nehme. Für die Verwaltung informiert der Finanzbeigeordnete Burkhard Exner, dass die Stadt nunmehr die Vertragsstrafe einzieht und gleichzeitig den Rücktritt vom Kaufvertrag prüft. Der Hauptausschuss wird über das Ergebnis informiert.

Gemeindezentrum Russisch-Orthodoxe Gemeinde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum geplanten Neubau am Kapellenberg. Bernd Rubelt teilt mit, dass eine Bauvoranfrage auf Basis des Siegerentwurfs des Wettbewerbs vorliegt und die Gemeinde nun einen Bauantrag stellen müsse. Die Verwaltung werde die Gemeinde bei der Erstellung einer genehmigungsreifen Planung auch weiter beraten, so der Baubeigeordnete.

Gewerbegebiet Kirchsteigfeld

Nach dem Entwicklungsstand des weitgehend brach liegenden Gewerbegebiets im Kirchsteigfeld erkundigt sich Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Derzeit wird nach Auskunft des Baubeigeordneten Bernd Rubelt die Anwendbarkeit des besonderen Städtebaurechts geprüft. Damit soll - auch in Gesprächen mit dem Eigentümer - die Entwicklungsfähigkeit der Flächen sichergestellt werden. Dr. Scharfenberg will wissen, ob die vom Eigentümer ins Gespräch gebrachte Mischbebauung mit Wohnen und Gewerbe in die Überlegungen einbezogen werde. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass aus Sicht der Verwaltung die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnbauflächen nicht in Frage komme.

Baubeginn der Synagoge

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg will erfahren, ob die Bemühungen des Oberbürgermeisters, das Land zu einem zügigen Baubeginn für die neue Synagoge zu gewinnen, Erfolg gebracht haben. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass er Gespräche mit allen Akteuren geführt hat. Seit März gibt es eine gemein-

same Arbeitsgruppe. Voraussetzung ist aus Sicht des OB, dass die Beteiligten sich einvernehmlich auf eine neue Vereinbarung einigen, denn die bisher vorgesehene Trägerschaft der Zentralen Wohlfahrtsstelle (ZWST) ist von den jüdischen Gemeinden nicht mehr gewünscht.

Beschlossen

Skaterhalle in der RAW-Halle

Das wegen anderer Planungen lange zurückgestellte Anliegen der LINKEN, bei der Sanierung der RAW-Halle auch die Integration einer Skate-Anlage zu prüfen, ist nun mehrheitlich beschlossen. Entsprechende Gespräche mit dem Eigentümer hat die Verwaltung aufzunehmen. Zum Prüfergebnis soll im Oktober berichtet werden.

Evaluation im Potsdam-Museum

Bei der schrittweisen Neugestaltung der ständigen Ausstellung des Potsdam-Museums sollen die Zeiträume von 1933-45 und 1945-90 besondere Beachtung erfahren. Für eine wissenschaftliche Begleitung sollen im Haushalt 2018/19 zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. In dieser geänderten Form beschloss die SVV das vor allem von Dr. Karin Schröter vorangetriebene Anliegen.

Sicheres Wohnen am Alten Markt 10

Mit diesem Antrag bezog DIE LINKE erneut Position für die MieterInnen des Staudenhofs, die von den Umbauarbeiten in der Potsdamer Mitte am unmittelbarsten betroffen sind. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg forderte, sie fortlaufend und transparent in die Planungen - auch zum künftigen Umgang mit dem Gebäude einzubeziehen. Ihre Lebensqualität sei für die zugesicherte Standzeit bis 2022 zu erhalten. Insbesondere müsse der Zugang zum Wohnhaus nach Beginn der Abrissarbeiten im kommenden Jahr in vernünftiger Weise gesichert werden. Der Antrag wurde mit breiter Unterstützung aus dem Plenum beschlossen.

Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters veröffentlichen

Jana Schulze forderte mit diesem Antrag, dass das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters künftig nach Beschlussfassung durch die Trägerversammlung unmittelbar veröffentlicht wird. Außerdem sollen die jeweiligen Schwerpunkte jährlich im Sozialausschuss vorgestellt. Für dieses Anliegen gab es eine breite Mehrheit. Bemerkenswert: bereits unmittelbar nach Antragstellung wurde das aktuelle Arbeitsmarktprogramm sowohl beim Jobcenter als auch der Landeshauptstadt online gestellt.

Überwiesen

Erreichbarkeit der Fallmanager verbessern

Jana Schulze drängte mit ihrem Antrag darauf, Jobcenter-Kunden einen direkten Kontakt zu ihrem Fallmanager zu ermöglichen. DIE LINKE fordert in drei Punkten die Abschaffung der gebührenpflichtigen Hotline, die Dokumentation erfolgter Anfragen sowie eine zeitnahe und qualifizierte Beantwortung telefonischer Anfragen. Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert teilte mit, dass dazu bereits eine erste Stellungnahme des Jobcenters vorliege. Diese soll unter Einbeziehung des Geschäftsführers Herrn Brinker im kommenden Sozialausschuss vorgestellt werden. Der Antrag wurde deshalb dorthin überwiesen.

Freier Eintritt in Dauerausstellung

Dr. Karin Schröter schlug vor, den Besuch der Dauerausstellung zur Stadtgeschichte im Potsdam-Museum künftig kostenfrei zu ermöglichen und verwies auf entsprechende Beispiele aus zahlreichen anderen Kommunen. Damit werde ein unbezahlbarer Beitrag zur kulturellen und ästhetischen Bildung geleistet - der ideelle Gewinn übersteige die derzeitigen Einnahmen bei weitem. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Kultur- und in den Finanzausschuss überwiesen.

8. Mai – Lebendige Erinnerung

Das Gedenken an den 8. Mai als Tag der Befreiung soll durch die aktive Einbeziehung der Potsdamer Schulen lebendiger gestaltet werden. Diesen Antrag brachte Gesine Dannenberg für DIE LINKE ein. Dazu könne z.B. auch eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen initiiert werden. Ein entsprechendes Konzept soll die Verwaltung bis September erarbeiten. Zur weiteren Diskussion wurde dieser Antrag in Bildungs-, Kultur-, und Hauptausschuss verwiesen.

Jugendclubs im Norden

Die Jugendlichen aus dem Ribbeckeck hatten in der letzten Sitzung deutliche Forderungen an die Stadtverordneten gerichtet. Inzwischen ist Bewegung in die festgefahrene Situation um neue Clubs in Potsdams Norden gekommen. Dennoch forderte Ralf Jäkel, den Betroffenen im Ribbeckeck bis zum September konkrete Antworten auf ihre Fragen zu geben. Wie diese verbindlich in das weitere Geschehen einbezogen werden können, soll nun zunächst im Jugendhilfeausschuss geklärt werden.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils
18 Uhr
19. und 26. Juni 2017; 03.; 10. und 17.
Juli 2017

32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
05. Juli 2017, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

09. Juli 2017, Beginn 10 Uhr
Haus der Begegnung, Zum Teufelssee
30, Stadtteil Waldstadt 2

Ausgabe

„Rathausreport“ Nummer 6/2017

Stadthaus, Raum 3.107
14. bis 19. Juli 2017 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

14. und 15. Juli 2017
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“
und Informationen zu den Ergebnissen
der 32. Sitzung der Stadtverordneten-
versammlung am 05. Juli 2017

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

20. Juni 2017, 16:30 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bür-
gerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/6005069
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Wo drückt am Schlaatz der Schuh?

Es ist schon beeindruckend, dass gerade aus einem der „problematischen“ Ortsteile der Landeshauptstadt, dem Schlaatz, trotzdem zu solchen Veranstaltungen wie dem „Rathausreport live“ der Linksfraktion am 11. Juni immerhin wieder 18 Bürgerinnen und Bürger erschienen waren. Noch dazu, weil das Wetter alles versprach, nur nicht einen „Sitzungsvormittag“ im Bürgerhaus am Schlaatz.

Sicher waren auch viele der TeilnehmerInnen auf das Auftreten des Gastes, der Geschäftsführerin der GEWOBA, Frau Kerstin Kirsch, gespannt.

Nehmen wir also eines voraus: Es gibt nach wie vor viele Schlaatzter, die sehr wohl an der Perspektive ihres Wohnumfeldes interessiert sind.

Doch bevor die Probleme des Kiezes aufs Tapet kamen, informierten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und die Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller über den Verlauf und die Inhalte der 31. Stadtverordnetenversammlung vom 7. Juni 2017 (siehe auch Innenseiten dieses „Rathausreports“).

Mit Stolz bewertete Scharfenberg das neue Bad „blu“. Er erinnerte daran, dass DIE LINKE eine Bürgerbefragung initiiert hatte, bei der immerhin rund zwei Drittel der PotsdamerInnen für den Standort am Brauhausberg votiert hatten. „Viele werden ihre Freude an dem neuen Bad haben“, resümierte der Fraktionschef.

Als nächstes Stichwort betonte er die Diskussion um die Biosphäre: „Wir sind für den Erhalt der Biosphäre!“ In der Juli-Sitzung der SVV werde darüber wohl entschieden.

Ebenso positiv sei die Haltung der LINKEN zu solchen Fragen wie dem zu errichtenden „Gemeindezentrum der russisch-orthodoxen Kirche“, der zu errichtenden Synagoge, dem Erhalt des Rechenzentrums und dem mit Mehrheit beschlossenen Innenstadtverkehrskonzept.

Kritische Worte kamen von Scharfenberg zum Thema sicheres Wohnen Am Alten Markt 10 sowie zum „Feldversuch Zeppelinstraße“, die auch in der folgenden Diskussion von den Anwesenden aufgegriffen wurden. Dieser „Aktionismus“ bringe nichts, so die Meinung der TeilnehmerInnen. Vor allem eine Unter-

suchung im Sommer, wo wegen der Ferien sowieso eine geringere Verkehrsdichte zu verzeichnen sei. Dementsprechend regt DIE LINKE im September 2017 eine Zwischenauswertung an.

Ganz konkret zum Schlaatz wurde es mit dem Auftreten der GEWOBA-Geschäftsführerin Kerstin Kirsch. „Wir sind für das Wohnen da. Aber auch für das Leben überhaupt im Stadtteil“, so begründete Frau Kirsch ihr ureigenstes Interesse auch für den Schlaatz. In diesem jüngsten Stadtteil liege viel Kraft. Ganze 92 Nationen seien dort vertreten. Aber es sei auch die höchste Arbeitslosigkeit in der Stadt zu verzeichnen. Und es gebe den höchsten Mieterwechsel und die geringste Verbundenheit der BürgerInnen zu ihrem Wohnumfeld, konstatierte die Geschäftsführerin. Die Fragen seien also: Wo drückt am Schlaatz der Schuh? Und: Welche Perspektive ist für den Schlaatz denkbar? Dazu interessierte Frau Kirsch natürlich die Meinungen der TeilnehmerInnen. Und es kam Einiges auf den Tisch – Bekanntes und Neues: Was wird mit dem Markt im Zentrum des Schlaatzes? Was wird mit solchen bürgerschaftlichen Initiativen wie dem „Kiez-Cafe“ und dem neuen „Schlaatzter Bürgerclub“? Was wird mit dem geplanten Bauvorhaben an der Stelle der ehemaligen Kaufhalle am Bisamkiez? Was ist mit dem Stadteirat, dessen Tätigkeit wohl erlahmt sei? Wann werden die „in die Jahre gekommenen Geh- und Radfahrwege“ endlich erneuert? Et cetera pp. Fragen und Probleme, auf die im Moment nicht umfassend geantwortet werden konnte. An dem Problem Bisamkiez ist und bleibt nach wie vor Dr. Scharfenberg am Ball. Die weiteren Dinge haben sich die LINKEN und auch Frau Kirsch notiert. Schließlich wird die GEWOBA im September/Oktober beginnen, eine Vision für die Zukunft des Wohngebietes zu erstellen. „Das Engagement hier ist groß“, betonte die GEWOBA-Geschäftsführerin. Und sie appellierte an alle alten und neuen Akteure im Kiez, sich einzubringen und wieder besser zu vernetzen.

Dr. Scharfenberg kündigte an, Frau Kirsch zu Fragen der Perspektiven des Ortsteiles wieder zu einem Gesprächstermin in den Schlaatz einladen zu wollen. -bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam